Sonntag, 1. April 1928 - 76. Jahrgang Nr. 157

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 15 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

BERLIN WINDIG, REGNERISCH

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,50 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 10 Pfennig; das fettgedruckte Wort 20 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3440 bis 3462; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 61, Blücherstr. 69, Fennstr. 1, Friedrichstr. 9, Frankfurter Allee 286 u. 346, Greifswalder Strasse 197, Grosse Frankfurter Strasse 101, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Köpenicker Strasse 67-68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 33, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wiener Strasse 1-6, Zimmerstrasse 59; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34, Nürnberger Str. 25-26, Scharrenstrasse 39, Tauentzienstrasse 2; Cöpenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Henriettenpl.; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 243; Niederschöneweide: Brückenstrasse 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Breite Str. 47; Steglitz: Schloss-Str. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullsstr. 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13, Uhlandstr. 88; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 5; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Staat als deutschnationale Versorgungsanstalt
Briands Antwort an Kellogg – Verkehrsunfälle

Grabrede

Dem Reichstag zweier Rechtsregierungen

O. N. Als der große französische Zyniker Rabelais starb, da sollen seine letzten Worte gewesen sein: „Tirez le rideau: la farce est jouée!" Auf gut Deutsch: „Laßt den Vorhang herunter, die Komödie ist aus!" Unwillkürlich hatte man den Eindruck, daß diese Worte über der Sterbesitzung des Deutschen Reichstages schwebten, als dieser gestern zur Mittagsstunde durch ein Dekret des Reichspräsidenten endgültig verabschiedet wurde. Er war das vierte Parlament der deutschen Republik, aber man muß schon sagen, daß in keinem der drei voraufgegangenen Reichstage und besonders nicht in der deutschen Nationalversammlung so viel schlechte Komödie gespielt worden ist wie in diesem Reichstage, der zweimal eine Rechtsregierung sah, und von dem die geistig Minderbemittelten im Lande eine Weltenwende erhofften. Dabei hatte bei der Wahl dieser Volksvertretung das deutsche Volk sozusagen eine Generalprobe veranstalten dürfen. Bereits im Mai 1924 wurde, noch unter den Nachwirkungen der Inflation, ein Reichstag gewählt, der den rechtsparteilichen Demagogen reiche Mandatsfrüchte einbrachte. Aber schon nach sechs Monaten erwies sich, daß er nicht zu brauchen war; ein neuer Appell an das Volk hatte freilich lediglich zur Folge, daß der völkische Ramsch sofort an die Deutschnationalen fiel, und als stärkste Bürgerblockpartei standen die Deutschnationalen von vornherein, Ministersitze heischend, vor der Rampe. Die Bildung der neuen Regierung erwies sich als außerordentlich schwierig. Aber dem bisherigen Finanzminister Dr. Luther gelang es, unter geschickter Ausnutzung der deutschnationalen Mandatszahl, das erste Rechtskabinett zustande zu bringen. Nun sollten die Deutschnationalen einmal zeigen, wie es besser gemacht werden könnte. Sie hatten alle Möglichkeiten dazu. Die Inflation war liquidiert worden, Deutschland hatte wieder festen Boden unter den Füßen, und alle großen Aufgaben des Wiederaufbaues konnten in Angriff genommen werden. Fast muß man bedauern, daß das zweite Rechtskabinett so jämmerlich geendet hat. Denn unter dieser eindrucksvollen Tatsache verwischen sich im Gedächtnis der Wähler ganz die Taten des ersten deutschen Rechtskabinetts. Und doch muß man in dem bevorstehenden Wahlkampfe gerade auf jene Tage zurückgreifen, weil sie in ihrer Auswirkung für das deutsche Volk am verhängnisvollsten gewesen sind. Der neue Reichstag sollte die Steuerreform und den Finanzausgleich bewerkstelligen, die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen war akut geworden, und die deutsche Republik mußte versuchen, nach der inneren Gesundung ein besseres Verhältnis zu unseren früheren Feinden herzustellen. Also begann man mit den Steuern. Es war gebieterische Notwendigkeit, die Drosselsteuern der dritten Steuernotverordnung in eine vernünftige und erträgliche Belastung umzuwandeln. Die Deutschnationalen und ihr volksparteilicher und wirtschaftsparteilicher Anhang hatten vor der Wahl das Blaue vom Himmel herunter versprochen. Jetzt sollten sie leisten, was sie zugesagt. Und da kam der deutschnationale Finanzminister v. Schlieben und schuf mit dem Rechtsblock eine Steuerreform, die zwei Milliarden Steuern zuviel aus dem ausgebluteten deutschen Volke heraussog, und mit wirtschaftsparteilicher Unterstützung wurde ein Finanzausgleich geschaffen, der die Realsteuern der Länder zu drückendster Sonderbelastung gestaltete. Gleichzeitig war die Aufwertungsgesetzgebung vorzunehmen. Was hatten die deutschnationalen Agitatoren, voran Herr Hergt und progressiv ihm nachplappernd die Kleinen von den Seinen, den Sparern und Hypothekengläubigern nicht alles versprochen! Herrn Best, den Mann der Aufwertler, nahm man auf die deutschnationale Reichsliste, und kein geringerer als der Graf Posadowsky erinnert heute daran, daß in einem deutschnationalen Wahlaufruf vor der Dezemberwahl 1914 es wörtlich hieß: „Die Deutschnationale Volkspartei macht sich also eure gerechten Forderungen zu eigen!" Und wenn man nach der Mundstellung der deutschnationalen Kandidaten urteilte, so waren es mindestens hundert Prozent, die die Deutschnationalen aufwerten wollten. Nach den Wahlen aber wurde eine Gesetzgebung absolviert, die die grausam enttäuschten Rentner, Sparer und Hypothekengläubiger mit Recht als Abwertung bezeichneten. Hat man doch die Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen mit ganzen zweieinhalb Prozent aufgewertet und die Beteiligten auf eine Lotterie von dreißig Jahren verwiesen. Selten noch ist in der Geschichte ein ähnlicher Betrug verübt worden, wie der Aufwertungsbetrug der Deutschnationalen vor den Dezemberwahlen von 1924. Die Neuregelung der Handelsbeziehungen erschöpfte sich in einer sklavischen Abschrift des Zolltarifs vom Jahre 1902 zuzüglich der überspannten Mehrforderungen der Industrie, und nicht eine neue handelspolitische Idee ging von dieser Rechtsregierung aus. Als ihr Außenminister Dr. Stresemann den Versuch unternahm, unsere auswärtigen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen, als er jene Angebote mit Zustimmung der deutschnationalen Minister ergehen ließ, die dann ihren Niederschlag im Vertrage von Locarno fanden, da flüchteten die Deutschnationalen verantwortungsscheu und feig aus der Regierung und überließen es dann zwei Minderheitskabinetten, wenigstens mit dem schlimmsten Teil der Hinterlassenschaft Luther—Schlieben aufzuräumen. Es bleibt das unvergängliche Verdienst des demokratischen Finanzministers Reinhold, das entsetzliche Gespenst der Arbeitslosigkeit durch rechtzeitige Steuersenkung wenigstens einigermaßen gebannt zu haben, und das Vertragswerk von Locarno konnte in den sicheren Hafen gesteuert werden. Die Folgen blieben nicht aus, die Ruhr wurde geräumt, die Kölner Zone frei. Aber solche wohltätigen Wirkungen schienen nicht nach dem Geschmacke des wunderlichen Führers der Deutschen Volkspartei, des Herrn Dr. Scholz, zu sein. Und so setzte er alle Hebel in Bewegung, nicht zuletzt auch durch seinen Einfluß beim Reichspräsidenten v. Hindenburg, um abermals eine Rechtsrgeierung zustande zu bringen.

Das zweite Rechtskabinett, die Regierung Marx—Hergt—Stresemann, stand vollkommen unter deutschnationalem Einfluß. Die Deutschnationale Volkspartei stellte vier Minister, und sie formulierte ihre Ansprüche mit einer solchen Leidenschaftlichkeit, daß sie sogar von dem alten Reichspräsidenten in ihre Schranken verwiesen werden mußte. Um zur Macht zu kommen, beschworen die deutschnationalen Minister die Weimarer Verfassung, billigte die deutschnationale Reichstagsfraktion die Richtlinien, bekannte sie sich zum Locarno-Vertrage und zum Eintritt in den Völkerbund, und sie gab sogar ihre Zustimmung zur Verlängerung des Republikschutzgesetzes, das Wilhelm den Flüchtigen des Landes verweist. Aber die Deutschnationalen wollten gleichzeitig das Kunststück fertig bringen, die Früchte der Macht zu genießen und in der Agitation gegen die offizielle Regierungspolitik zu hetzen, um ihre Anhänger bei der Stange zu halten. Widerliche Szenen schuf diese Doppelzüngigkeit, und der Graf Westarp, der noch in einer der letzten Sitzungen des Reichstags verkündete, daß die Regierung von Mißerfolg zu Mißerfolg geschritten sei, schätzt seine Wähler beleidigend niedrig ein, wenn er nicht begreift, daß ihm jeder Denkfähige entgegenhalten muß: „Ihre Regierung!" Das Landvolk wurde von den deutschnationalen Demagogen aufgepeitscht, und die mißbrauchten Bauern und die bezahlten Landarbeiter merkten nicht, daß wir eine deutschnationale Regierung haben, und daß es den Bauern wie den Städtern gerade unter der Rechtsregierung jämmerlich ergangen ist. Keudells antirepublikanische Beamtenpolitik, die sogar Erbitterung in deutschnationalen Beamtenkreisen schuf, weil sie zu reinem Nepotismus ausartete, und das unglaubliche Attentat auf die nationale Bildungseinheit durch die Schulvorlage vervollständigen das Bild. Schließlich ist diese Rechtsregierung jämmerlich zerfallen, und abermals läßt ein Rechtskabinett eine traurige Erbschaft zurück. Im

Die deutschnationale Ministerbank

Heute noch auf schwarzrotgoldenen Kissen,
Morgen durch die Brust geschossen

Vor einer neuen Mächte-Konferenz

Frankreichs Antwort an Amerika — Zu Verhandlungen mit allen Grossmächten bereit

Paris, 31. März.

Die französische Antwort auf die letzte Note des Staatssekretärs Kellogg wurde heute nachmittag vom Quai d'Orsay der Presse zur Veröffentlichung übergeben.

Der wichtigste Teil der französischen Antwort lautet:

„Die französische Regierung ist dazu bereit — mit der Regierung der Vereinigten Staaten zusammen — den Regierungen Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Japans die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten seit dem Juni 1927 geführte Korrespondenz zur Prüfung zu unterbreiten und zu gleicher Zeit der Zustimmung der genannten vier Regierungen das Projekt eines Paktes vorzulegen, welcher im wesentlichen der ursprünglichen Idee Briands entspricht. Die unterzeichneten Mächte würden feierlich erklären, daß sie den Krieg als Werkzeug der nationalen Politik, das heißt als Aktionsmittel ihrer individuellen, unabhängigen und freiwilligen Politik verdammen, woraus aber nicht zu folgern wäre, daß sie das Recht der legitimen Verteidigung im Rahmen der bestehenden Verträge preisgeben wollen. Die unterzeichneten Mächte würden sich dazu verpflichten, untereinander keinen Angriff und keine Invasion zu unternehmen; sie würden also etwa entstehende Differenzen oder Konflikte durch ein friedliches Verfahren zu regeln versuchen, gleichviel, welcher Art oder welchen Ursprungs diese Differenzen sein mögen."

*

Der Grundgedanke der französischen Antwort an die amerikanische Regierung enthält das Zugeständnis, mit allen Großmächten in Verhandlungen über den Abschluß eines Antikriegsgesetzes einzutreten, wie dies ursprünglich von Amerika als die Voraussetzung für weitere Paktverhandlungen gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung ohne weiteres ihre Einwilligung dazu geben wird, an den Verhandlungen über einen internationalen Pakt teilzunehmen. Und auch die anderen Großmächte werden sich schwerlich von der Inangriffnahme eines Problems von so großer politischer Tragweite ausschließen.

Die Schwierigkeiten des Problems liegen aber auf anderem Gebiete. Schon längst hat man die Notwendigkeit anerkannt, durch den Abschluß internationaler Verträge die Gefahren des Krieges zu beseitigen. Aber man konnte sich nicht darüber einigen, welche Mittel angewandt werden sollen, um einen wirksamen Schutz für den Frieden zu schaffen. Ein Verbot des Angriffskrieges, wie es bei den bisherigen Verhandlungen zwischen Frankreich und Amerika erwogen worden ist, kann nur als Teillösung angesehen werden, solange den Diplomatien immer noch die Möglichkeit geboten ist, dem Begriff des „Angriffskrieges" eine theoretische Auslegung zu geben. Ferner ist das Problem des Friedens zu eng mit der Frage der allgemeinen Abrüstung verknüpft, als daß man hinsichtlich seiner Verwirklichung allzu optimistisch sein dürfte.

Zweifellos werden die französisch-amerikanischen Verhandlungen zu der Einberufung einer neuen internationalen Konferenz führen. Aber man hat von diesen Konferenzen schon so manchen Enttäuschung erleben müssen, weshalb man diesmal in der Beurteilung der Aussichten solcher internationalen Verhandlungen sehr vorsichtig sein wird.